

Südländer verschwinden in Bochum und in WAZ

✘ Passend zu den [Beobachtungen von Udo Ulfkotte](#) gibt es heute ein Paradebeispiel aus Bochum. Die Polizei wurde gerufen und kam nicht. Angegebener Grund: gerade kein Streifenwagen frei. Um 11.30 Uhr vormittags.

Der entsprechende Artikel unter dem [link derwesten.de/staedte/bochum/schlaegerei-im-bus-in-bochum-doch-polizei-war-verhindert](#) wurde von der WAZ wieder gelöscht. Aber der Inhalt ist gesichert worden! Demnach haben am vergangenen Freitag junge Südländer in einem voll besetzten Bochumer Bus der Linie 345 randaliert und wollten zu viert einen 18-Jährigen aus dem Bus holen, um ihn „kaputt zu schlagen“. Eine Frau ging dazwischen und sei „einmal geschlagen und einmal getreten“ worden, was sich [in einem späteren WAZ-Artikel](#) als schwere Körperverletzung entpuppt, wenn nicht gar Tötungsabsicht:

*Weil sie sich für einen von Schlägern bedrohten jungen Mann (18) eingesetzt hatte, erlitt ein weiblicher Fahrgast in der Buslinie 345 am vergangenen Freitag selbst Verletzungen. Wie sie der WAZ mitteilte, trug sie einen Rippenbruch und mehrere Hämatome davon. Im Bus, der von der Innenstadt nach Langendreer fährt, hatten nach ihren Angaben **vier junge Burschen** den 18-Jährigen bedroht. „Als ich hinten hörte, was sie mit ihm machen wollten, habe ich einen von ihnen angesprochen und gesagt: ‚Ich finde es nicht schön, wie man Spaß daran haben kann, mit vier Mann gegen einen.‘“*

Selbst Mutter einer Tochter, habe sie sich verpflichtet gefühlt, einzuschreiten: Sie habe einem der vier Schläger gesagt, dass sie sich sein Gesicht eingedrückt hätte und als Zeugin gegen ihn aussagen würde. Mehr habe sie nicht mehr sagen können, weil sie „eine volle Faust“ auf ihren Mund

bekommen habe, die Oberlippe sei aufgeplatzt. Danach sei sie getreten worden: „Die haben die Tür aufgerissen, wollten mich aus dem Bus stoßen, ich konnte mich aber noch an der Tür festhalten.“



FEHLER

SEITE WURDE NICHT GEFUNDEN - 404

Liebe Leserin, lieber Leser,

die von Ihnen gewählte Seite existiert leider nicht oder nicht mehr. Möglicherweise verwenden Sie einen veralteten Link oder ein altes Lesezeichen. Sie weitere Fragen haben, schreiben Sie uns gerne eine E-Mail.

Die „vier jungen Burschen“ wurden [im gelöschten WAZ-Artikel](#) (siehe Graphik) näher beschrieben. In dem bei [Zukunftskinder](#) gesicherten Text heißt es:

Nach dem Tumult war sie [die angegriffene Frau] zunächst zum Busfahrer gegangen und hatte ihn gebeten, die Polizei zu rufen. Der Fahrer drückte einen „Sofortknopf“, der ihn mit einem Notfallplatz der Bogestra-Leitstelle verband. Die nahm Kontakt mit der Polizei-Leitstelle auf.

*Dabei habe sich die Polizei erkundigt, ob noch eine aktuelle Gefährdung vorliege, sagte Polizei-Pressesprecher Guido Meng. Dabei hätte sein Kollege von der Bogestra erfahren, **dass der südländisch aussehende junge Schläger mit seinen drei Begleitern** den Bus bereits verlassen hatte. Zu diesem Zeitpunkt wären sämtliche Streifenwagen der Bochumer Polizei woanders im Einsatz gewesen. Das gab der Busfahrer an seine Fahrgäste weiter: „Die Polizei kommt jetzt nicht.“ Das habe im Bus Kopfschütteln ausgelöst.*

Der betroffenen Frau habe der Fahrer das Angebot der Polizei übermittelt, sie könne bis Langendreer weiterfahren und dort ihre Strafanzeige direkt bei der Wache stellen, dann müsste sie nicht an der Haltestelle Freigrafendamm warten, bis die Polizei komme.

Die Frau hat sich also mit zerschlagenem Gesicht und gebrochener Rippe zur Polizei aufgemacht, während die Südländer-Bande entkommen konnte. Dabei gibt es Handlungsbedarf in Bochum! Oder ist der [Überfall einer 20-köpfigen Südländer-Gang auf drei Bochumer Schüler](#) schon aufgeklärt?

In der [Facebook](#)-Gruppe von Zukunftskinder berichten User, dass alle Leserkommentare bei der WAZ, die nach dem gelöschten Artikel fragen, ebenfalls gelöscht werden. Wir sind sehr gespannt, ob ein weiterer Artikel über Begebenheiten im Bochumer Nahverkehr umgeschrieben oder gar gelöscht wird. Am besten lesen Sie ihn ganz schnell, [bevor das Wort „osteuropäisch“ verschwindet!](#)

← → www.derwesten.de/staedte/bochum/mann-bedroht-bochumerin-in-der-u35-mit-waffe-id7331489.html

Auf dem Teilstück zwischen Bahnhof und Haltestelle Waldring wandte sich der Täter plötzlich an eine Mitfahrerin, eine 40-jährige Frau aus Bochum. Er unterstellte der Frau, dass sie Muslime sei und äußerte nun auch ihr gegenüber ausländerfeindliche Parolen. Darüber hinaus bedrohte er sie mit einer Schusswaffe und erklärte, dass etwas Schlimmes passieren werde, wenn er sie das nächste Mal träfe.

Staatschutz sucht Zeugen

Die Bedrohte stieg sofort am Waldring aus – der Täter ließ von ihr ab. Er blieb bis zur Markstraße in der Bahn, stieg dort aus und entfernte sich. Der Mann soll 180 cm groß gewesen sein, dunkle Haare sowie eine schwarze Lederjacke getragen und Deutsch mit osteuropäischem Akzent gesprochen haben. Die Tatwaffe wird als bronzefarbene Pistole beschrieben. Der Staatschutz Bochum bitte um Hinweise von Zeugen: 0234/909-4505 (-4441 außerhalb der Geschäftszeit).

RUND UMS TH

FREMDENFENDLICH
Fremdenfeindliche P
Gericht verurteilt Ca
per...

PROTEST
Dortmund demonstri
gegen Rechts - Was
wissen müssen

GEWALT
Über 200 islamfeindl
Angriffe auf Mosche
2001

KOMMENTARE
2 mitdisk



Wien: „Tod den Juden!“



Am 16.11.2012 war in

Wien [das hier](#) zu sehen. Es ist eine Schande, dass so etwas in Wien möglich ist, ohne dass jemand einschreitet.

(Von L.S.Gabriel)

Allein die Israelitische Kultusgemeinde teilt in einer [Presseaussendung](#) mit:

Wien (OTS) – Die Israelitische Kultusgemeinde (IKG) hat wegen der auf antijüdischen Demonstrationen in Wien am 16.11. und am 23.11. verwendeten Losungen, wie dem arabisch gesungenen „Tod den Juden“, der Staatsanwaltschaft Sachverhaltsdarstellungen in Hinblick auf § 282 und § 283 des Strafgesetzes übermittelt.

„Diese Hetze ist unerträglich und verlangt Konsequenzen. Wir erwarten uns von den Behörden rascheste Aufklärung und Maßnahmen zur Sicherstellung des friedlichen Zusammenlebens der Religionsgemeinschaften“ fordert der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde, Oskar Deutsch.

In der österreichischen Medienlandschaft nur Schweigen! Ich halte die freie Meinungsäußerung für eines unserer wertvollsten Güter, aber das hier hat damit nichts zu tun. Hier handelt es sich um eine Straftat, ausgeführt in aller Öffentlichkeit. Die meisten der im Video zu sehenden Hass-

Brüller haben vermutlich keine Ahnen in Österreich. Sie kommen in unser Land und missbrauchen unser hart erkämpftes Recht auf freie Rede, um daraus Vorteil zu schlagen, in Ländern, die die Welt terrorisieren und das auf Kosten unseres Ansehens. Sie trampeln herum auf unseren Werten und ziehen all jene mit in den Dreck, die solidarisch sind mit Israel und die die jüdische Gemeinde in Österreich als besonders wertvoll schätzen.

Medienmanipulation über Burschenschaften



Am 24. November

hatte die Deutsche Burschenschaft, der Dachverband, dem zahlreiche Burschenschaften angehören, zu einem Sondertreffen eingeladen. Gegründet wurde die Deutsche Burschenschaft bereits während der Kaiserzeit. Zahlreiche Bünde bestehen jedoch schon wesentlich länger, ihre Geschichte reicht teilweise bis zu den Befreiungskriegen gegen Napoleon zurück. Die Burschenschaften spielten eine [zentrale Rolle beim Hambacher Fest](#), das oft als Wiege der Demokratie bezeichnet wird. National und demokratisch waren die Forderungen am Hambach Schloss.

Wenn die Medien heute von den Burschenschaften schreiben, gerät ihre Rolle für die Demokratiebewegung in den Hintergrund. Stattdessen wird der Deutschen Burschenschaft „Rassismus“ und „Extremismus“ vorgeworfen. Dabei bescheinigt

das Innenministerium der Deutschen Burschenschaft Verfassungstreue, wie die [Frankfurter Rundschau](#) zugestehen muss:

Es gebe aktuell „keine neue Bewertung“, sagte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums am Montag auf Anfrage. „Es gibt keine hinreichenden Anhaltspunkte für Bestrebungen im Dachverband, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richten“, so der Sprecher.

Das hält einen gewissen Florian Dieckmann vom Spiegel nicht davon ab, von einer [„Allianz der Verfassungsfeinde“](#) zu fabulieren.

Noch haarsträubender ist der Bericht der linken 3sat-Kulturzeit. Geschickt verbindet die Kulturzeit die Aufnahmebedingungen einzelner Burschenschaften, die oft verschieden sind, mit dem Dachverband. Weil auch österreichische Burschenschaften im Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ organisiert sind, unterstellt man sogleich NS-Ideologie. Kulturzeit im 0-Ton: „Es gilt die alte NS-Ideologie und die ist Großdeutsch, Österreich gehört dazu“. Dass die Burschenschaften schon älter sind als die Bundesrepublik Deutschland und somit die Organisationsstrukturen noch teilweise aus den Zeiten des deutschen Bundes stammen, ist der Kulturzeit nicht bekannt. Als Burschenschaftsexpertin durfte Alexandra Kurth, SPD- und Juso-Mitglied, ihre Meinung zum Thema kundtun. Die Vorsitzenden der Deutschen Burschenschaft kommen nicht zur Sprache. Dann bei Minute 2:57 wird noch kurz für Sekundenbruchteile eine Sequenz Adolf Hitlers in den Beitrag rein geschnitten. Eine bewusste Manipulation.

Es mag sein, dass einzelne Mitglieder extrem Rechte Positionen vertreten. Dann aber gleich eine traditionsreiche Kultur wie die der Burschenschaften pauschal in die verfassungsfeindliche Ecke zu schieben, obwohl es vom VS in der Vergangenheit immer wieder [Bescheinigungen der Verfassungstreue](#) gab, ist unlauter.

Der Fall Claudia Roth



In den letzten zwei Jahren hat PI immer wieder über den [„Fall Claudia Roth“](#) berichtet, die dem konservativen Publizisten Felix Menzel (Foto r.) die Staatsanwaltschaft auf den Hals hetzte, weil dieser in einem literarischen Experiment eine Kunstfigur namens „Claudia R.“ wüst als „fette Qualle“ beleidigte. Es kam schließlich, wie es kommen musste: Menzel wurde zu einer Geldstrafe von 1350 Euro verurteilt und wehrt sich nun mit einer 100-seitigen Broschüre.

In der Broschüre [„Politische Prozesse“](#) ist der skandalisierte Vortrag von Menzel, der den Prozess auslöste, ohne die Stelle mit Claudia R. abgedruckt. Zudem zeigen die Autoren, dass der Prozess wegen Claudia Roth kein Einzelfall in Deutschland war. Vielmehr müsse sich warm anziehen, wer die „falsche“ politische Meinung habe. Dies könne neben tatsächlichen Extremisten auch Konservative, Islamkritiker oder Christen treffen.

Im Vorwort betont Menzel:

Du bist jung, links und willst Widerstand gegen das „Establishment“ leisten? Kein Problem! Beteilige dich ruhig am Bildungsstreik, besetze über Wochen Hörsäle, nimm an Sitzblockaden teil, wenn in Dresden die Nazis marschieren

oder es den nächsten Castor-Transport gibt. Du brauchst dich nicht vor einer strafrechtlichen Verfolgung deiner Taten fürchten, wenn sie „im Rahmen“ bleiben. Das heißt: Vermumme dich, wenn du mal einen Stein auf Polizisten werfen willst! Und agiere im Internet grundsätzlich aus dem Schutz der Anonymität heraus, dann kannst du dir fast alles leisten.

Du bist jung, konservativ, christlich, identitär oder bezeichnest dich ganz frech als rechts? Das ist bereits ein Problem. Noch dazu willst du dir nicht alles bieten lassen. Im äußersten Notfall bist du sogar bereit, Protestaktionen gegen diesen Staat zu organisieren, wenn er selbst das Grundgesetz verletzt? Das ist ein noch viel größeres Problem.

Du solltest dich in diesem Fall mental bereits auf einen politischen Prozeß vorbereiten, denn all das, was sich Linke herausnehmen können und was stillschweigend geduldet wird, darfst du dir nicht erlauben, weil du der „falschen“ Ideologie anhängst.

[Hier](#) weiterlesen...

**Ulfkotte: Notruf 110 und
Polizei hat Angst**



Wenn in Berlin-Friedrichshain Jugendliche randalieren oder ganz offen auf den Straßen mit Rauschgift handeln, dann müssen die Sicherheitskräfte wegschauen. Da berichtet der Tagesspiegel: »Das bestätigten Ordnungsamtsmitarbeiter. Aus Angst vor Schlägen würden sie sich auf die Parkraumbewirtschaftung beschränken. Es sei in Berlin politisch nicht gewollt, gegen kriminelle Jugendliche zu ermitteln.« Das gleiche Bild gibt es im Ruhrgebiet. Überall dort, wo viele junge zugewanderte Migranten leben, geht die Polizei inzwischen »Streife im Angst-Raum«. ([Weiter bei Ulfkotte mit vielen Links dazu!](#))

Schwarz-Grün für Kristina Schröder vorstellbar

✘ Es ist noch gar nicht so lange her, da wollte die „Welt“ ihre Leser [glauben machen](#), dass Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (Foto) zur „Rechts-CDU“ gehöre. Auch auf [PI sahen](#) einige in der attraktiven Politikerin eine konservative Lichtgestalt. Andere [blieben](#) skeptisch. Spätestens, seitdem Schröder vor wenigen Tagen mit Schwarz-Grün geliebäugelt hat, sollte klar sein: Die „Rechts-CDU“ in Person von Kristina Schröder hat es nur in der Fantasie von „Welt“-Journalistin Mariam Lau (früher „taz“) gegeben.

Die „Zeit“ [berichtet](#):

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) zeigt sich offen für ein Bündnis der Union mit den Grünen nach der Bundestagswahl 2012. „Ich kann mir Schwarz-Grün prinzipiell schon seit Langem vorstellen“, sagte die CDU-Politikerin dem Radiosender hr1.

Es komme aber sehr auf die handelnden Personen an: „Wenn die Optionen so wären, müsste man drüber reden, und dann sollte man vorurteilslos schauen“, sagte Schröder. Die Spitzenkandidatin der Grünen, Katrin Göring-Eckardt, sei eine „kluge Frau“ und stehe durchaus „für bürgerliche Werte“.

Aus einem konservativen CDU-Landesverband kommen und gegen Linksextremismus sein macht eben noch lange keinen politischen Heilsbringer...



**Eva Herman scheitert in
Karlsruhe**



Die frühere Nachrichtensprecherin Eva Herman ist vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe mit einer Klage gegen das Hamburger Abendblatt gescheitert. Die Journalistin hatte sich gegen einen Bericht des Blatts über die Vorstellung ihres Buchs „Das Prinzip Arche Noah“ im Jahr 2007 gewehrt und der Zeitung vorgeworfen, sie falsch wiedergegeben und in ihren Grundrechten beeinträchtigt zu haben. Sie verlangte neben Schmerzensgeld eine Richtigstellung und eine Unterlassung von der zum Springer-Verlag gehörenden Zeitung. (*Schade! [Fortsetzung bei JF!](#)*)

ZIE-M-LICH KRUDE!

Die Süddeutsche Zeitung geht in die Offensive: [In einem Fotobericht](#) macht sie Werbung für das geplante Zentrum für Islam in Europa (ZIE-M) und diffamiert gleichzeitig die Gegner des Projektes. [In einem weiteren Artikel](#) geht es um die Finanzierung des ZIE-M mit Petrodollars aus dem Kernland des Wahhabismus. Neues aus Absurdistan: Von extremistischen Freunden und demokratischen Feinden – Krude, krude, ZIE-M-lich krude! (*Frank Furter weiter auf [Blu News...](#)*)



Libyen: Schwulen droht Hinrichtung



Eine nach eigenen Angaben dem libyschen Innenministerium unterstellte mohammedanische Miliz hat in Tripolis die Teilnehmer einer privaten Party entführt. Den angeblich homosexuellen Männern droht jetzt die Verstümmelung und anschließende Hinrichtung. Die Staatsverbrecher zeigen auf einer Facebookseite ein Foto (Foto oben) der Verschleppten. Die Männer, die als Angehörige des "dritten Geschlechts" bezeichnet werden, müssen darauf teilweise rosafarbene Kopftücher tragen. ([Weiter auf Quotenqueen...](#))

US-Medien lehnen Kampfbegriff

,Islamophobie‘ ab

Wie gestern bekannt wurde, empfiehlt das [AP Stylebook](#), der wohl wichtigste journalistische Leitfaden in den USA, in seiner aktuellen 2012er Ausgabe, den Begriff der „Phobie“ nicht in politischen oder sozialen Kontexten zu verwenden, also auch nicht als „Homophobie“ oder „Islamophobie“. Phobie bedeute eine irrationale, unkontrollierbare Angst, oft als eine Form von Geisteskrankheit. Beispiele seien etwa Höhenangst oder Klaustrophobie, so das Standardwerk. Das *Associated Press Stylebook and Briefing on Media Law*, meistens *AP Stylebook* genannt, wird jährlich von den Journalisten der *Associated Press* (AP) herausgegeben und beinhaltet vorwiegend Empfehlungen zur Schreibweise, Interpunktion etc. In den USA gilt das *AP Stylebook* als journalistischer Standard, der von zahlreichen Zeitungen und Sendern angewendet wird. (*Quelle: [Citizen Times](#)*)

Gudrun Eussner über Jauchs Nahost-Talkrunde



Nicht nur für Freunde Israels, sondern auch für Menschen, die an

Sachinformation interessiert sind, ist die [Sendung Günther Jauch](#) vom 25. November 2012 unerträglich. Drei Aspekte werde ich behandeln: Den Titel der Sendung, die Gäste, die Äußerungen des Gastes Salah Abdel Shafi. (Weiter auf [eussner.blogspot.fr](#), das Video zur Sendung gibts [hier](#))

Das Münchner Anti-Islamkritiker-Kartell



Das sind die wackeren „Kämpfer gegen Rechts“ und Verfechter des „bunten“ Münchens: Die lokalen Leithammel der CSU (Schmid, links), GRÜNEN (Nallinger, 2.v.l.) und SPD (Ude, rechts). Alle wollen sie dem Islam in München den roten Teppich ausrollen und das aus dem terrorunterstützenden arabischen Staat Katar finanzierte sowie von einem verfassungschutzbekannten Imam geplante Europäische Islamzentrum ohne Rücksicht auf die Münchner Bürger bauen lassen. Dieser Irrsinn hat banale Gründe: Es geht um das rasch wachsende moslemische Wählerpotential, das von der Presse goutierte Surfen auf der gutmenschlichen „Dialog“-Welle sowie um sehr viel islamisches Geld & Öl.

(Von Michael Stürzenberger)

Wer zahlt, schafft an: Dieser arabische Scharia-Staat Katar hat das Münchner Bankhaus Merck Finck & Co gekauft, stellt der Münchner Rüstungsschmiede Krauss-Maffei einen lukrativen 2-Milliarden-Auftrag für 200 Leopard-Panzer in Aussicht, will sich bei Eon einkaufen (neben bereits bestehenden starken

Beteiligungen an VW, Daimler, Porsche, Hoechst etc) und schickt jeden Sommer tausende schwerreiche langbärtige sowie schwarzverhüllte Moslems zur medizinischen Behandlung und zum Shoppen in die bayerische Landeshauptstadt. Die schmierige Ölkohle stinkt offensichtlich nicht, und daher schließt sich die gesamte etablierte Politiker-Szene Münchens zu einem Anti-Islamkritiker-Bündnis zusammen, das die Verfechter der Wahrheit und des gesunden Menschenverstandes diffamiert und attackiert.

Eine politische Leichtmatrosin zum Thema Islam ist die grüne OB-Kandidatin Sabine Nallinger, die uns am Freitag, den 9. November bei unserem FREIHEIT-Infostand am Schweizer Platz in Fürstenried West besuchte und nach den Gründen für unser Bürgerbegehren fragte. Ich zählte ihr eine halbe Stunde lang alle Fakten zu Imam Idriz und dem skandalösen ZIEM-Projekt auf. Sie entgegnete immer wieder nur monoton, „aber wir brauchen doch den Dialog“. Klar, aber einen ehrlichen und kritischen, hielt ich ihr entgegen, doch sie bestand darauf, dass Imam Idriz allen Ernstes „ehrlich“, „glaubwürdig“, „moderat“ und „modern“ sei. Nallinger scheint aber nur auf den ersten Blick unendlich naiv zu sein. In Wirklichkeit dürfte sie extrem opportunistische Ziele haben, denn sie schießt offensichtlich auf hunderttausend potentielle Wähler in München. Laut SZ sagte sie:

„Ihr seid 100.000, eure Stimme ist viel stärker als die aller Rechtsextremisten zusammen.“

Zum nächsten Islamisierungs-Steigbügelhalter: Josef Schmid, der Stadtrats-Fraktionschef der Münchner CSU, kennt sich in der Islam-Materie aus, hat den Koran nach eigenen Angaben gelesen und weiß um dessen Gefährlichkeit. Er bezeichnete ihn in einem Gespräch am Rande des Fischessens der Münchner CSU am 19. Februar 2010 als „Handbuch zum Kriegführen“. Aber in der Münchner CSU gilt die Ansage, sich die Wähler der Zukunft (= Moslems) zu sichern, was mir ihr damaliger Chef Otmar Bernhard

im Gespräch bestätigte („ohne Muslime werden in Zukunft keine Wahlen mehr gewonnen“). Daher reden Münchner Schwarze in der Öffentlichkeit keinen Klartext zum Islam und stärken Imam Idriz bedingungslos den Rücken – selbst wenn die Fakten über den islamistischen Sumpf, in dem Idriz bis zur Kinnlade steckt, immer erdrückender werden.

Schmid erwies sich als besonders hinterhältig, als er in dem SZ-Artikel [„Bewegung am rechten Rand“](#) auch der Bürgerrechtspartei DIE FREIHEIT „Ausländerfeindlichkeit wie bei der NPD“ unterstellte. Eine bodenlose Frechheit, denn Schmid weiß ganz genau, dass wir in unserer Bewegung von vielen ausländischen Mitbürgern unterstützt werden und deutlich „bunter“ sind als seine schwarze CSU.

Christian Ude ist offensichtlich ein Türkei-Fan, Namenspatron eines Kulturzentrums in Pülümür und völlig Islam-unkritisch. Ein knallharter Machtmensch, der die Mehrzahl der Münchner Medien in seinem Pro-Islam-Kurs hinter sich weiß und sich auch von unwiderlegbaren Fakten nicht von seinem Weg abbringen lässt. Ude hat das ZIE-M zur „Chefsache“ erklärt und sagte den Islamkritikern Münchens mit diversen Broschüren wie dem [„Münchner Appell gegen Rechtspopulismus“](#) den Kampf an. Hochinteressant übrigens die [Unterzeichnerliste dieses Appells](#), in der sich u.a. Imam Idriz und sein ZIE-M, die vom vorbestraften extremen Linken Marcus Buschmüller geleitete „Fachinformationsstelle gegen Rechtsextremismus“, die „Freunde Abrahams“ vom Idriz-Vertrauten Stefan Jakob Wimmer, der SPD-Tarnverein „München ist bunt“ und der Bezirksausschuss Neuhausen-Nymphenburg, dessen Vorsitzende von der SPD gerne mal Gastwirte anruft, um islamkritische Veranstaltungen abzuwürgen. Die Islam-Kollaborateure von der Evangelischen Kirche und des DGB sowie der offensichtlich islam-unkritische Weihbischof Siebler dürfen in dieser illustren Runde natürlich auch nicht fehlen.

Dieser „Appell“ unterstellt Islamkritikern die „politische Instrumentalisierung von Glaubensfragen“, „Veranstaltungs-

störungen“, Versendung von „Hassmails“ und „Unterbindung“ des „offenen und konstruktiven Dialogs“. Verlogener und falscher geht es schon fast nicht mehr. In einer Veranstaltung kritische Fragen zu stellen, wird in Udes Welt offensichtlich als „Störung“ empfunden. Das hat schon linksdiktatorische Züge.

In dieses Bild passt, dass auf Bezirksausschuss-Ebene gerade die Beobachtung und Bekämpfung von Rechtspopulisten organisiert wird. Die SZ berichtete in ihrem Artikel „[Experten gegen Rechtsextreme](#)“, dass auf Vorschlag von Ude die Bezirksausschüsse der Stadt München eigene Beauftragte gegen „Rechtsextremismus“ ernennen sollten. Eingebunden ist die „Fachstelle gegen Rechtsextremismus“, geleitet von der scharflinken Miriam Heigl, die öfters Artikel für die kommunistische Publikation „Probleme des Klassenkampfes“ schreibt. Es ist klar, dass hier die islamkritische und „rechtspopulistische“ Szene Münchens in die rechtsextreme Tonne getreten werden soll.

In der Münchner AZ wurde der rote Christian, über dessen Vater Karl übrigens gerade hochinteressante Recherchen aus der Zeit des National-Sozialismus angestellt werden ([hier wird berichtet](#), dass für Karl Ude die Bücherverbrennung der Nazis am 10. Mai 1933 auf dem Münchner Königsplatz ein „Fest“ gewesen sein soll – nach dem Krieg wurde er übrigens SZ-Journalist), in einem Artikel vom 12. November wie folgt zitiert:

Ude warnt auch davor, mit dem Begriff „Rechtspopulismus“ die Szene zu verharmlosen und Neonazis zu tarnen. „Wer Minderheitenhetze betreibt, ist ein Repräsentant des braunen Sumpfes, der sich nicht mehr breitmachen darf.“

In Udes dunkelrot-verdrehten Hirnwindungen gilt offensichtlich:

Islamkritik = Minderheitenhetze = brauner Sumpf = Bekämpfung

Udes Fußsoldaten von der a.i.d.a., die von städtischen Zuschüssen für die linksextreme Trutzburg „Kafe Marat“ gepampert werden, penetrieren folgerichtig jeden Infostand und jede Kundgebung der FREIHEIT, die mittlerweile bis zu drei Mal pro Woche stattfinden. Sie stören in großer Zahl massiv durch Flyerverteilen, Diffamierungsslogans („Unterschreiben Sie nicht bei Nazis“, „kein Recht auf Nazi-Propaganda“) und aggressives Dazwischengehen bei Gesprächen mit Bürgern sowie beim Unterschreiben. Sie sind allesamt würdige Nachfolger der STASI-Schnüffler, dürfen aber in München unter der Protektion des dunkelroten Oberbürgermeisters ganz offen agieren, wie hier der dunkelrote SPD-Jugendkader „Jusos“ bei einer Gegendemo zu einem Freiheit-Infostand am Freitag, den 16. November in der Forstenrieder Allee in München:



Dort ist mir übrigens auch der Alt-Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel (SPD) über den Weg gelaufen. Als ich ihn fragte, ob er nicht auch unterschreiben wolle, schließlich werde das Islamzentrum von dem terrorunterstützenden Staat Katar finanziert, entgegnete er: "Erzählen Sie mir keinen Scheiß!" So gut sind führende Persönlichkeiten bei der SPD informiert..

In dem heldenhaften „Kampf gegen Rechts“ ruft auch schonmal eine SPD-Bezirksausschuss-Vorsitzende bei einer Gastwirtin an,

in deren Lokal ein [islamkritischer Vortrag](#) gehalten werden soll, und fordert sie mit kaum verdeckten Drohungen auf, diesen abzusagen.

Im dazugehörenden SZ-Kommentar „[Aufklären über Neonazis](#)“ wird ein völlig legales und demokratisches Bürgerbegehren gegen den Bau eines Islamzentrums als „antiislamische Unterschriftenaktionen“ von „Hetzern“, die „für ihre ausländerfeindlichen Ziele werben“, diffamiert.

München wurde unter der fast 20-jährigen Regentschaft dieses Oberbürgermeisters immer schlimmer scharflinks unterwandert. Polizisten und Kriminalbeamte klagen über viele linke Staatsanwälte, Richter sprechen immer wieder politisch eingefärbte Urteile und die polizeiliche Einsatzstrategie schützt durch ihr passives „De-Eskalations“-Verhalten indirekt linksextreme und moslemische Fanatiker.

Es ist der Schwäche der lahmen Ente Münchner CSU zuzuschreiben, dass diese unerträglichen Zustände nicht schärfer attackiert und kritisiert werden. Aber die schwarzen Funktionäre haben es sich in ihrer Oppositionsrolle seit Jahrzehnten bequem gemacht, freuen sich, wenn sie in Udes Propagandablatt SZ nicht kritisiert werden und kuscheln mit dem roten OB sogar in der bescheuerten „München ist ~~blöd~~ bunt“-Kampagne.

Dass diese keineswegs „bunt“, sondern eher dunkelrot ist, hat Christian Jung in seinem aufwendig recherchierten blu-News-Artikel „[Buntheit als Camouflage](#)“ dargestellt. So habe sich der Verein „München ist bunt“ von städtischen Geldern finanzieren lassen, residiere in der Münchner SPD-Zentrale am Oberanger, habe nur SPD-Vorstandsmitglieder und es gebe jede Menge personelle Verflechtungen mit SPD-Funktionsträgern.

Bei der „München ist bunt“-Demo am 10. November zeigten sich neben den üblichen linksextremen Wirrköpfen auch FDP-Mitglieder. Man beachte ihr idiotisches „Die Penzberger sind

ein Glück für unser Land“-Plakat. Damit ist die lange Jahre im Verfassungsschutz aufgeführte Islamische Gemeinde Penzberg mit ihren Verstrickungen zu den verfassungsfeindlichen Muslimbrüdern und Milli Görüs gemeint:



blu-News hat angekündigt, weitere Artikel über die linken Seilschaften in der bayerischen Landeshauptstadt zu veröffentlichen. Wir werden darauf verweisen, denn diese Stadt muss wieder auf den rechten Weg gebracht werden. Wenn der ganze von Ude organisierte linke Sumpf publik wird, dürfte das 2013 von ihm angestrebte Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten eine Utopie werden. Die Komplizenschaft mit dem verfassungsschutzbekannten Imam Idriz und seine Hetze gegen aufrechte islamkritische Bürger werden das ihrige beitragen, dass Ude im kommenden Jahr sein politisches Waterloo erlebt.

Wir von PI München / BPE Bayern / FREIHEIT setzen alles daran, aus München die Hauptstadt der Gegenbewegung zur Islamisierung zu formen. Die zunehmende Unterstützung, die wir von den Bürgern dieser Stadt bei jedem Infostand und jeder Kundgebung erfahren, zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Das Volk denkt anders als die linksverdrehte Politik- und Medien-Szene. Der Bürgerentscheid wird die Aufmerksamkeit ganz Europas auf die bayerische Landeshauptstadt richten. Und es wird sich dann erweisen, ob die Münchner genau so schlau sind wie die Schweizer bei ihrem Volksentscheid zum Minarettverbot.